

Etatrede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Frau Kulturdezernentin,
sehr geehrter Herr Baudezernent,
Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

nach einem schwierigen Jahr – nach schwierigen Beratungen – sind wir guter Dinge, dass wir heute einen der Situation angemessenen Haushalt 2023 beschließen werden. Das nun final zu verabschiedende Zahlenwerk ist vor allem auch deshalb besonders, da es von allen Fraktionen mit der gebührenden Zurückhaltung gekennzeichnet wurde.

Unseren Dank möchten wir gleich zu Beginn an die gesamte Verwaltung richten, deren Leistungsfähigkeit wir ausdrücklich hier anerkennen wollen und ohne ihr Angebot sicherlich vieles nicht möglich wäre. Vielen Dank an Sie alle.

Im letzten Jahr habe ich mir erlaubt, ausnahmsweise an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an das Corona-Management unserer Stadt zu richten. Diesen Dank möchte ich ausdrücklich erweitern um das Energiekrisen-Management. An vorderster Linie eine unermüdlich agierende Bürgermeisterin, die mit dem Oberbürgermeister und dem gesamten Stadtvorstand und einer engagierten Verwaltung eine tolle Arbeit geleistet hat und noch leistet. Vielen Dank für Ihren Einsatz.

War es im letzten Jahr die Handschrift der Pandemie, so ist es in diesem Jahr die weltweite Lage, ob des hässlichen Krieges, den Russland gegen die Ukraine führt oder der mit daraus resultierenden Energiekrise, die diesen Haushalt mitentscheidend geprägt hat.

Die Gewerbesteuererinnahmen haben entgegen der vergangenen vorsichtigen Schätzungen eine erfreuliche Entwicklung genommen und sorgen so wieder mal dafür, dass unser Haushalt im positiven Licht dasteht. Sowohl der Ergebnishaushalt als auch der Finanzhaushalt schließen mit einem Plus ab. Gut so! Wir wollen an dieser Stelle nicht verschweigen, dass gerade die Diskussion hinsichtlich der Einnahmen eine seriöse Beratung fast unmöglich gemacht hat. Das neue KFA ließ eine Bandbreite von plus 18 Mio. bis minus 4 Mio. zu, um letztlich auf 400.000 € plus rauszukommen. Hier werden wir schwarz auf weiß für eine solide Politik „bestraft“. Wir alle!

Um nicht der Versuchung zu erliegen, jetzt alles und jedes schlechtzureden oder gar aus vergangenen Jahren sich zu wiederholen, müssen einige Dinge immer noch erwähnt werden, um die ungelösten Konflikte aufzuzeigen. Dazu gehört auch eine Altschuldenlösung der Kommunen in Gänze, wobei hier ja der erste Schritt gemacht worden ist von der Landesregierung, nämlich die Hälfte der Schulden aus Liquiditätskrediten zu übernehmen. Soweit so gut, könnte man meinen, aber auch hier werden wir aller Voraussicht nach „leer“ ausgehen. Uns wird nicht geholfen beim Abtrag unserer Liquiditätskredite. Kurios an der Stelle ist, dass unsere „dauernde Leistungsfähigkeit“ vom Land versagt wird, weil wir noch aufgelaufene Liquiditätskredite haben. Wie absurd ist das, bitteschön? Im Übrigen bekommen wir dieses „absurde“ Handeln auch bei den Investitionskrediten zu spüren. Hier müssen wir alles reinpacken, um die Grundlage für mögliche Förderungen zu haben, ungeachtet der geltenden Haushaltsgrundsätze der Jährlichkeit, Wahrheit und Klarheit.

Ein weiterer Beitrag im Kita-Gesetz-Gewurschtel ist der Wegfall der eigenständigen Kita-Sprachförderung. Dieses Beispiel, was uns ca. 25.000 € kosten wird bei Beibehaltung, zeigt wieder einmal, dass wir alleine dastehen. Resümee aus diesem Handeln: Gesetzesvollzug: Ja – Kostenerstattung 100 %: Nein – so einfach ist es!

Gar nicht einfach ist es – die neuerliche Herausforderung in Sachen Flüchtlingsbewältigung zu stemmen – hier gilt allen, die sich in Verwaltung und Ehrenamt eingebracht haben, einmal ein großes Dankeschön zu sagen und den gebührenden Respekt zu zollen. Das ist aus unserer Sicht keine Frage des Geldes, sondern der Humanität. Die muss sich jede Gesellschaft leisten können.

Sehr erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass auch in Sachen Spielflächen und Bolzplätze die Stadt sich weiterhin engagieren wird. Unser Antrag, die bereits vorgesehenen Mittel um einen Betrag für die Errichtung und Ausstattung von Basketballkörben vornehmen zu können und ausreichende Mittel für eine Machbarkeitsstudie ob der Frage, wo möglicherweise ein Bolzplatz im Quartier der südlichen Vorstadt installiert werden kann. Auch das sind kleine Zeichen, die aber wichtig und richtig sind.

Wir hören die Appelle des Landesrechnungshofes und der ADD nach der Ausschöpfung von Einnahmepotentialen. Diese Frage und Aufforderung hat gerade in diesem Jahr mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs eine andere Dimension erreicht. Bei diesen Einnahmepotentialen denkt man immer gleich an Steuererhöhungen, und hier hat sich dieses „Duett“ etwas Neues einfallen lassen. Die sog. Nivellierungssätze sind angehoben worden. Was bedeutet das für Koblenz? Bei der Grundsteuer B liegen wir unter diesem Satz, werden aber so gestellt, als hätten wir diesen Nivellierungssatz erreicht. Im ersten Augenblick hat dies keine Auswirkungen für uns, die wir einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Insoweit ist dieser Kelch der anvisierten Steuererhöhung zunächst an uns vorübergegangen. Trotz dem steten Werben für die Steuererhöhung bei der Grundsteuer B konnten wir dem widerstehen, gleichwohl hat man aber auch für diesen Fall „vorgesorgt“. Sollte man unter dem Nivellierungssatz liegen, sind wir bei den meisten Förderprogrammen sozusagen raus! Warum? – Weil diese Förderprogramme genau das zur Bedingung machen – nämlich die jeweiligen Hebesätze auf dem Nivellierungssatz zu haben. Insoweit wird das Land die Schlinge weiter zuziehen – Ende offen! Nicht wenige sprechen bei diesen Praktiken von Erpressung!

Die Bemühungen unserer Verwaltung, genauer das Baudezernat, wollen wir nicht unerwähnt lassen. Im Volumen von 70 Mio. € hat man sich vieles vorgenommen. Und auch hier wollten wir, der Situation in unserem Land geschuldet, nicht mit zusätzlichen Begehrlichkeiten aufwarten. Wir beschränken uns auf Zeichensetzung. So konnten wir zumindest entsprechende Haushaltsmittel für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zu Errichtung dringend benötigter Sporthallen für unsere BBSen auf den Weg bringen. Wie man auch mit kleineren Gesten wichtige Signale setzen kann, wird am Beispiel Bubenheim deutlich. Hier konnten wir Planungsmittel für die Gestaltung des neuen Ortsmittelpunktes etatisieren, im Gleichklang mit dem Neubau der Kita an anderer Stelle.

Eine Mammutaufgabe wird in den nächsten Jahren der Neubau der Pfaffendorfer Brücke sein. Die in diesem, als auch in anderen Projekten weglaufenden Kosten lassen uns erwarten, dass das Land diese Situation entsprechend würdigt und in Sachen Förderung nachbessert.

Unsere Anstrengungen in Sachen „Neubau Schwimmbad“ unterliegen demselben Desaster, aber die Bürgerinnen und Bürger dürfen auf eine zügige Umsetzung weiter vertrauen.

Gerade in diesen Zeiten müssen wir auch darauf achten, dass unsere kulturellen Einrichtungen nicht zu kurz kommen. Sie sorgen an allen Ecken für eine soziale Hygiene in der Gesellschaft. So ist es für uns auch selbstverständlich, die Kernsanierung unseres Stadttheaters positiv zu begleiten, trotz explodierender Kosten! Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir uns mit einem aktiven Beitrag zur Unterstützung der Vereine, sofern sie städtische Veranstaltungsflächen und –räume mieten, nicht durchsetzen konnten. Hier war die Mehrheit des Rates anderer Meinung. Schade!

Die Feststellung, dass Klimaschutz nicht von uns als Stadt alleine umgesetzt werden kann, ist nicht neu!

Im Zuge der oft zitierten Verkehrswende mussten wir notwendigerweise neue Wege im ÖPNV gehen. Dabei war uns und ist uns bewusst, dass wir in den nächsten zehn Jahren in der Größenordnung von ca. 200 Mio. € diesen ÖPNV unterstützen. Integriert bei den Stadtwerken ist das ein Wort! Damit einhergehend haben sich unsere Hoffnungen, den ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe zu qualifizieren, nunmehr erfüllt. Alles gut? – Sollte man meinen. Leider ist dem nicht so! Man muss es wieder an dieser Stelle sagen, ein ÖPNV nach Kassenlage aus Mainz, wie es die Landesregierung vorsieht, ist finanziell eine Katastrophe und auch in der Umsetzung eine sehr einseitige Handhabung von Seiten des Landes. Mitspracherecht von Seiten des Landes? Fehlanzeige!

Denn ... was förderwürdig ist, legt das Land fest. Dieses definiert den Mindeststandard beim ÖPNV und nur der ist im Rahmen der Pflichtaufgaben förderwürdig oder in unserem Fall 148.000 € im Jahr wert! Neben der organisatorischen Umsetzung warten wir auch auf die finanzielle Umsetzung des so tollen neuen Gesetzes. Die derzeitige Situation aus Sicht der Stadt Koblenz ist nicht auf Dauer zu halten und schadet perspektivisch unseren gesamten Bemühungen. Sicher ist, dass wir unsere Stadtwerke im Konzern Stadt Koblenz mit dieser Vorgehensweise zum Schafott führen werden. Ja, der Bund muss nachlegen. Aber 70 % Schiene, 30 % Straße ist zu wenig und auch das Land muss eigene Mittel etatisieren und nicht nur durchreichen. Schon ab dem nächsten Jahr finanzieren wird die jährliche Ausschüttung an den Kernhaushalt in Höhe von 6 Mio. € aus der Rücklage der Stadtwerke. Fragt sich, wie lange? Bei aller Kritik wollen wir aber auch ein Segment beim Thema Verkehrswende erwähnen, wo wir Step by Step nach vorne gehen, im positiven Sinne.

Der Ausbau der Radewegeinfrastruktur! In der subjektiven Wahrnehmung, ob hier die Maßnahmen nicht schnell genug oder gar Maßnahmen noch nicht zum Zuge kamen, sind die Bemühungen der Verwaltung durchaus anzuerkennen, das gesamte Thema der Verkehrswende mit entsprechenden alternativen Verkehrsmitteln, Verbesserung der Ladeinfrastruktur, um nur einige zu nennen, offensiv zu unterstützen.

Wenngleich in einer schwierigen Zeit viele Wünsche offenbleiben werden, wird die wichtige und tolle Arbeit vielen Ehrenamtler in Gremien etc. noch wertvoller. Wir würdigen auch die Arbeit des Beirates für Migration und Integration mit Vito Contento an der Spitze, der nach vielen Jahren des Engagements den Vorsitz abgegeben hat. Auch dem Nachfolger an der Spitze des wichtigen Beirates wünschen wir an dieser Stelle ein gutes Händchen und viel Erfolg.

Ja, es mag manchmal anstrengend sein, wenn zunächst Herr Seuling und nunmehr Frau Kubitzka an vielen Stellen die Belange der Menschen mit Beeinträchtigung einfordert. Auch ihnen gebührt ein Dankeschön für ihre konstruktive Arbeit in den Gremien. Die Vertretungen anderer Gruppen, wie z. B. die Queebeauftragte oder der Nachtkulturbeauftragte, werden sicherlich noch in der Zukunft zeigen, dass sie ihre Aktivitäten weiter ausbauen können und werden. Der Rat hat mehrheitlich das Mandat hierzu erteilt.

In einer rudimentären Betrachtung gab es auch Bereiche, wo es gut wie keine Reibungsverluste gegeben hat, und da möchte ich abermals den Sport nennen. Bei den Investitionen konnten wir den Neubau des Rot-Weiß-Platzes und die Sanierung der Schießsportanlage in Horchheim genehmigen. Die Sanierung der Fechthalle war dagegen mit viel Diskussion behaftet, aber letztlich so beschlossen worden. Sicherlich war eine Maßnahme ob der großen Verzögerung in der Vergangenheit kein Ruhmesblatt in Sachen Umsetzung.

Das Projekt Schmitzers Wiese ist tatsächlich am Laufen. Nach vielen Versuchen sind wir nunmehr zuversichtlich, dass dieses Projekt doch noch ein Happyend findet.

Eine nicht minder spannende wie wichtige Entscheidung haben wir in Richtung Stadtarchiv zu treffen. Hat sich die Diskussion um die Zukunft des Stadtarchivs in Sachen Unterbringung an der Etatisierung für die Anschaffung von Hochregalen für den geplanten Umzug in das Schängel-Center entzündet, sehen wir aus Sicht der Politik diesen Schritt noch überhaupt nicht bestätigt. Und auch vorsorglich sage ich für unsere Fraktion, dass wir alle vorbereitenden Maßnahmen in diese Richtung kritisch betrachten werden und die Frage der finalen Unterbringung sicherlich noch für viel Diskussion sorgen wird.

Der Vollständigkeit halber müssen wir mit einem dicken Ausrufezeichen auch sicherlich ein Wort über das GKM verlieren. Ja, wir werden auch, wenn es darauf ankommt, uns vor einem finanziellen Engagement nicht drücken. Der Patient leidet finanziell leider immer noch an akuter Kurzatmigkeit in Sachen Liquidität und hat auch in der jüngsten Zeit für viel Aufregung gesorgt. Wir wollen an dieser Stelle an der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit dieses Engagements keine Zweifel aufkommen lassen, was wir, glaube ich, auch allen zeigen konnten, dass der Wille und die Solidarität zu unserem GKM in großer Einigkeit erfolgen kann.

In der Kürze der Zeit ist es in einer solchen Haushaltsrede einfach nicht immer möglich, alle „Juwelen“ zu nennen.

Die Digitalisierung und unsere Schulen gehören nicht in die zweite Reihe. Hier sind wir auf einem guten Weg und sind auch sehr dankbar für ein leistungsfähiges und ebenso engagiertes KGRZ und ein Schulverwaltungsamt. Ein Riesenprojekt wird sicherlich der Digitalpakt Schule in der nächsten Zeit noch darstellen. Dieser wird ein Erfolg. Davon sind wir überzeugt, weil es Sie gibt und weil Sie es können.

Die von uns bereits etatisierte Maßnahme „Renaturierung und Vitalisierung der Teichanlagen und Bachläufe im Forstrevier Remstecken“ wurde von mir im letzten Jahr ausführlich vorgestellt. Die Maßnahme geht im Jahr 2023 in die Umsetzung. Dankeschön an alle, die dazu beigetragen haben. Mit unserer Initiative zur Neuordnung bzw. Vitalisierung des Vogelschutzparkes auf der Karthause ist ein weiterer kleiner Schritt in Sachen Klima und Umweltschutz gemacht worden. Auch hier liegen jetzt die Grundlagen für die Projektierung in 2023 vor.

Es sind einfach auch die kleinen Schritte, die den Menschen das Leben etwas freundlicher gestalten.

Sicherlich mittelbare Auswirkungen auf unseren Haushalt erwarten wir von der nunmehr beschlossenen erhöhten Zertifizierung für unseren Stadtwald. Neben dem von CDU und Grünen beschlossenen Zertifizierungsstandard fühlen wir uns bei unserem Team Forst mit unserem Schatz Stadtwald in besten Händen.

Nicht, dass es der CDU an Begehrlichkeiten gefehlt hätte, aber unser Heldentum bei Neumaßnahmen findet hier seine Grenzen für 2023. Wir wollen damit ein klares Zeichen setzen und unseren Beitrag dazu leisten, dass es auch in diesen Zeiten großer Anstrengungen bedarf, um die Stadt und die Haushaltslage weiterhin solide aussehen zu lassen. Aber auch eine gute Gelegenheit, um unseren Antrag für eine Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Stadt mit Nachdruck ins Gespräch zu bringen. Hier sind wir gespannt, wie die Verwaltung diese Sache nach vorne bringen wird. Darüber hinaus wäre es schön, wenn wir auch unsere bestehenden Partnerschaften mit den anderen Städten im Jahr 2023 wieder etwas mehr in den Fokus rücken könnten. Wir hätten noch viel zu sagen und noch mehr an Ideen. Sollte ich irgendjemanden in meinen nicht abschließenden Ausführungen vergessen haben, fühlen Sie sich alle besonders erwähnt und von der CDU-Fraktion bedankt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Die CDU stimmt dem Haushalt zu!